

(7) **Indirekte Stellungnahme zur Menschenrechtsdiskussion**

In dem Interview des "taiwanesischen Delegierten" des Volkskongresses, Chen I-sung (Kyodo, 29.5.78), gab es auch eine offiziöse Äußerung zur Einstellung der Pekinger Führung gegenüber der Menschenrechtsdiskussion, wie sie von den USA gestützt wird. Zu Carters Menschenrechtspolitik hieß es, wenn der amerikanische Präsident in dieser Frage Druck auf China ausüben wolle, werde seine China-Politik scheitern. Chen trug "unterschiedliche Ansichten über politische Verbrecher" vor und erklärte, jedes Land solle entsprechend seiner eigenen historischen Bedingungen seine eigene Lösung bei Problemen der Menschenrechte finden.

ASIEN

(8) **Parteichef Hua Kuo-feng in Nordkorea**

Auf seiner ersten Auslandsreise traf Parteichef und Ministerpräsident Hua Kuo-feng am 5. Mai 1978 in Pjöngjang zu einem Freundschaftsbesuch ein. Es war nicht nur ein Staats-, sondern auch ein Parteibesuch auf höchster Ebene. U.a. begleitete der "Außenminister der KP" Keng Piao, den Parteivorsitzenden.

Das Verhältnis zwischen beiden Staaten ist nicht ganz frei von Spannungen. Anders als mit der Sowjetunion bestehen zwar keine Grenzprobleme, und auch die gemeinsamen Grenzschiffahrtsbeziehungen verlaufen reibungslos (näher C.a. Februar 1978, Ü 7). Nordkorea spielt jedoch aus chinesischer Sicht zu sehr die sowjetische Karte. Dies kam nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck, daß die Reden der beiden Parteichefs, Kim Il-sung und Hua Kuo-feng, zwar zahlreiche Angriffe gegen den "US-Imperialismus" enthielten, der nach wie vor für die Spaltung Koreas verantwortlich sei, daß aber die Sowjetunion in beiden Reden unerwähnt blieb - ein Verhalten das zumindest für die Chinesen ganz ungewöhnlich ist. Auch wurde kein Schlußkommunique herausgegeben.

Betrachtet China die pro-sowjetische Haltung Nordkoreas mit Mißtrauen, so blickt Pjöngjang umgekehrt mißbilligend auf die zwiespältige Haltung Pekings gegenüber der US-Präsenz in Südkorea. Auf der einen Seite werden die Chinesen zwar nicht müde, ganz im Sinne der Nordkoreaner Anti-US-Erklärungen abzugeben ("Rückzug der US-Aggressionstruppen und Militäranlagen aus Korea"; Lösung der Korea-Frage entsprechend den von Kim Il-sung formulierten drei Prinzipien und der Fünf-Punkte-Erklärung), andererseits wissen die Nordkoreaner aber sehr wohl, daß die Chinesen angesichts der sowjetischen Stärke in Fernost an einer Anwesenheit amerikanischer Truppen, sei es nun in Südkorea oder in einem anderen Teil Asiens, nicht uninteressiert sind.

Sollten beide Teile versucht haben, einander vom bisherigen Kurs abzubringen, ohne daß diese Bemühungen zu irgendeinem Erfolg geführt haben? In diesem Fall wäre das Ausbleiben eines Kommuniquees verständlich.

(9) **Chinesisch-vietnamesische Spannungen anlässlich der Vertreibung von 70.000 Auslandschinesen aus Vietnam**

Die enge Anlehnung Vietnams an die Sowjetunion, die chinesische Unterstützung Kambodschas in seinem Kampf gegen Vietnam und der Streit zwischen Peking und Hanoi um die Paracel- und Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer haben schon seit dem Ende des Vietnam Krieges 1975 zu wachsenden Spannungen zwischen den noch bis 1973 im "antiimperialistischen Kampf" vereinten Nachbarstaaten geschaffen.

Die Behandlung der in Vietnam, vor allem im ehemaligen Saigon ansässigen Auslandschinesen durch die vietnamesischen Behörden haben das Faß nunmehr zum Überlaufen gebracht. Peking erhebt schwere Anklagen gegen Hanoi und beschuldigt die vietnamesische Regierung des Vertragsbruchs, der antichinesischen Hetze, der finanziellen Schädigung Chinas durch die erzwungene Repatriierung von über 70.000 Auslandschinesen und der Verweigerung von Verhandlungen (Vgl. die unten abgedruckte Erklärung des Außenministeriums vom 9. Juni 1978). Mitte Mai beschloß die chinesische Regierung, Schiffe zu entsenden, um die "verfolgten Auslandschinesen aus Vietnam nach China zu bringen" (PRu 1978, Nr.22, S.16).

Am 19. Mai soll China die Arbeit an zwanzig Aufbauprojekten in Vietnam eingestellt und seine Spezialisten zurückgerufen haben.

Hanoi bestritt die Behauptungen Pekings, erklärte sich aber Ende Mai zu Verhandlungen mit China bereit.

Außerdem soll es im chinesisch-vietnamesischen Grenzgebiet zu militärischen Zusammenstößen gekommen sein, bei denen schon Mitte Februar 1978 nicht weniger als 30 Vietnamesen getötet wurden. Obwohl es zwischen China und Vietnam keinen Grenzvertrag gibt (die Grenze wurde 1887 von den französischen Kolonialbehörden gezogen), ist die Grenzfrage als solche bisher noch nie zum Problem erhoben worden.

INNENPOLITIK

(10) **Zweite Sitzung des Ständigen Ausschusses des 5. Volkskongresses**

Im Mittelpunkt der Sitzung stand ein Bericht über den Korea-Besuch des Vorsitzenden Hua (SWB, 26.5.78). Ein zweites Hauptthema waren neue Regelungen für die Pensionierung von Arbeitern und Kadern. Zwei Dokumente wurden diskutiert: "Der Staatsrat über provisorische Maßnahmen gegenüber alten, schwachen, kranken oder nichtarbeitsfähigen Kadern" und "Der Staatsrat über provisorische Maßnahmen hinsichtlich der Pensionierung von Arbeitern und der Beendigung ihrer Arbeit". Der Direktor des staatlichen Büros für Arbeit, Kang Yung-ho, ging auf diese Dokumente näher ein. Kang erwähnte die "Regulierung der VRCh zur Arbeitsversicherung" des Jahres 1951, die vom damaligen Staatlichen Administrativrat (= Staatsrat) veröffentlicht worden waren. 1958 hatte der Staatsrat zwei Dokumente verabschiedet: "Der Staatsrat über provisorische Regelungen zur Behandlung der Pensionierung von Arbeitern und Angestellten" sowie "Der Staatsrat über provisorische

Regelungen zur Pensionierung von Arbeitern und Angestellten (Entwurf)". In der jetzigen Situation seien neue Maßnahmen notwendig, weil das letzte Dokument schließlich zwei Jahrzehnte zurückliege. Beide provisorischen Regelungen werden zunächst nur provisorisch in bestimmten Regionen eingeführt, um Erfahrungen mit ihnen zu gewinnen. Weiterhin wurde ein Entschluß über die Wahl eines Generalstaatsanwaltes der Provinz-Volksstaatsanwaltschaft angenommen, für die Zeit, wo der Provinz-Volkskongreß nicht zusammentritt. Der Entschluß läuft darauf hinaus, daß das Provinz-Revolution Komitee personell entscheiden kann und der Volkskongreß der Provinz diese Entscheidung nachträglich zu bestätigen hat. Weiterer Punkt der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses war die Bestätigung von Ernennungen und Entlassungen von Botschaftern im Ausland.

(11) Mehr Rechtssicherheit wie in den goldenen fünfziger Jahren

Das Bemühen der neuen Führung um mehr durch Gesetze und die Verfassung garantierte Rechtssicherheit wurde in der Volkszeitung durch ein Anknüpfen an die goldenen Traditionen der fünfziger Jahre, wie man jetzt wohl formulieren muß, unterstrichen. Die Zeitung (JMJP, 15.5.78) druckte erstaunlicherweise eine Kurzfassung der Rede von Tung Pi-wu auf dem VIII. Parteitag vom 19.9.1956 ab. Die redaktionelle Anmerkung 1978 hielt fest, daß die in der Rede von Tung kritisierten Verstöße gegen das gesetzliche System im letzten Jahrzehnt gang und gäbe gewesen seien und daß dem Studium dieser Rede deshalb auch heute noch große Bedeutung zukomme, besonders hinsichtlich der Beachtung der neuen Verfassung. Eine gewisse Umredaktion der Rede war allerdings nötig, denn sie beginnt mit den Worten "Genossen, ich bin in vollständiger Übereinstimmung mit den Berichten, die von Genossen Liu Shao-ch-i, ... vorgetragen wurden" (vgl. Eighth National Congress of the Communist Party of China, Peking 1956, Bd. 2, S. 79 ff.).

Die redigierte Fassung, die formal auf einen Brief des Rechtswissenschaftlichen Institutes der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften abgedruckt wurde (dieser Brief ist dem Dokument in der Volkszeitung hinzugegeben), behandelt zunächst die Vorgeschichte des kommunistischen Rechtssystems vor 1949, geht dann auf das Gemeinsame Programm ein. Dieses Gemeinsame Programm war Chinas erste provisorische Verfassung und baute auf Maos Beitrag über die Koalitionsregierung vom VII. Parteitag 1945 auf. Tung hebt dann die Bedeutung der Verfassung sowie aller Gesetze und Verordnungen hervor, die darüber hinaus in der Volksrepublik beschlossen wurden. In der gekürzten Fassung des Tung-Artikels ist besonders Wert gelegt auf die allmähliche Entwicklung eines vollständigen Rechtssystems mit entsprechendem Strafrecht, Zivilrecht usw. Zum anderen wird darauf hingewiesen, daß in Zukunft die sich langsam herausbildenden Gesetze strikt zu befolgen seien und die Mentalität der Mißachtung von Gesetzen abzustellen sei, wie sie aus der revolutionären Vorgeschichte und ihrer Auflehnung gegen das damals bestehende Gesetz verständlich bleibe. Formal reiht sich dieser Beitrag des verstorbenen Führungskaders Tung Pi-wu in eine Serie von anderen Artikeln älterer Führungskader ein, die damit eine Art Rehabilitierung oder Ehrung erfuhren. Inhaltlich wird mit diesem

Beitrag an die Jahre vor den radikalen Massenkampagnen des Großen Sprungs und der Kulturrevolution angeknüpft. Die Speerspitze ist aber eindeutig gegen die Kampagne zur Bekämpfung des bürgerlichen Rechts vor einigen Jahren gerichtet, das die radikale Shanghai-Fraktion im Bemühen, an die Macht zu kommen, gestartet hatte.

Es dürfte eine lohnende Aufgabe sein, den ursprünglichen Text der Tung-Rede im Detail neben den jetzigen Abdruck zu stellen, um damit die Hauptpunkte, auf die es der heutigen Regierung ankommt, stärker hervorheben zu können. Aus Tungs Rede läßt sich deutlich eine Absetzung des Rechtssystems gegen das frühere System der Massenkampagnen herauslesen. Es nimmt daneben nicht wunder, daß "die fortschrittlichen Erfahrungen der Sowjetunion", die dem chinesischen demokratischen Rechtssystem weitgehend zugrunde gelegen hätten, hier ausgelassen werden.

(12) Verrat von geheimen Staats- und Parteidokumenten

Seit der Kulturrevolution, und besonders auch in den letzten Jahren, sind immer wieder eine Reihe von geheimen Dokumenten, von Mao-Schriften bis zu Texten aus Partei- und Regierungsarchiven der zentralen wie der regionalen Ebene, innerhalb Chinas in Umlauf gekommen und teilweise auch ins Ausland gelangt. Neben der Möglichkeit einer Fälschung durch interessierte Kreise haben sich politische Analytiker jedes Mal mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie solche Texte bei der strikten Geheimhaltung in China überhaupt die Volksrepublik verlassen konnten. Eine Affäre aus der Provinz Yünnan im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Anhänger der sog. "Viererbände" gibt hier wertvolle Antworten, die eine solche Weitergabe von Geheimmaterial erklärlicher machen (SWB, 19.5.78).

Am 8. Mai 1978 beschloß das Provinzpartei-Komitee Yünnan die Bestrafung mehrerer Führungskader wegen derartigen Geheimnisverrats. Das Generalamt des Provinzzentralkomitees war in den letzten Jahren von Kadern, die mit der linken Fraktion zusammengearbeitet, kontrolliert. Sie übten Druck auf die übrigen Mitglieder des Provinzpartei-Komitees aus, und veranlaßten angeblich so großes Chaos in der Verwaltung, daß das Provinzpartei-Komitee nicht einmal mehr normale Sitzungen oder andere Aktivitäten durchführen konnte. Die Parteigänger der Shanghai-Fraktion stahlen Partei- und Staatsdokumente als Munition gegen Kader, die nicht zur Zusammenarbeit bereit waren. Das Ausmaß dieser gestohlenen Dokumente habe in der Provinz, so Radio Yünnan und ein Kommentatorenartikel in der regionalen Yünnan-Zeitung, Ausmaße angenommen, wie niemals vorher in der Geschichte der Volksrepublik. Das Generalamt sei geradezu in einen Generalstab, ein nachrichtendienstliches Zentrum und ein Waffenlager der Linken Fraktion verwandelt worden. Ein verurteilter Kader reichte geheime (top secret) Telegramme des ZKs an die Shanghai-Gruppe weiter, "und verursachte so nicht mehr wiedergutzumachende Verluste für die Partei". "Vertrauliche Arbeiten für das Provinzpartei-Komitee" wurden von diesem Kader unterlaufen und als "Restauration sowie Umkehrung der Urteile" bezeichnet. Aus dieser etwas unklaren Diktion ist wohl herauszulesen, daß es sich in diesem Zusammenhang um Überprüfungsarbeiten zur geplan-

ten Rehabilitation von einzelnen Kadern handelte, die von der pragmatischen Fraktion um Chou En-lai gewünscht wurde. Ein anderer Kader, seinerzeit Stellvertretender Direktor des Generalamtes, verfaßte anhand nur ihm zugänglicher Dokumente ein polemisches Angriffspamphlet von 10.000 Worten, um schmutzige Wäsche im Provinzparteikomitee zu waschen. 1976 gab er die volle Abschrift eines Berichtes weiter, der sich mit der Entwicklung der Bewegung des Jahres 1975 in der Propaganda-Abteilung beschäftigte. Gemeint ist wohl die Konfuzius-Kampagne. Es habe sich um "explosives Material" gehandelt. Ein anderer führender Kader, der zunächst ein einfacher Arbeiter in der Parteidruckerei gewesen war, "stahl eine Anzahl von Geheimdokumenten, die er zu bewahren hatte". Er machte insgeheim zwei Kopien eines Berichtes des Jahres 1975 des Provinzparteikomitees an das ZK. 1976 während des Umschwungs versorgte er die Shanghai-Fraktion mit Geheimmaterial als Munition zum Angriff auf das Provinzparteikomitee. Ein anderer verantwortlicher Kader der amtlichen Provinzdruckerei ließ bei der Drucklegung von Geheimdokumenten immer eine Kopie für die Shanghai-Gruppe mitgehen. Insgesamt soll er 14 Dokumente des Provinzparteikomitees, darunter viele mit dem Stempel "Geheim", weitergereicht haben, kurze Berichte, Nachschriften von Reden führender Kader der Zentralebene usw. Er machte sich auch den Zugang zu der offiziellen Druckerei zunutze und benutzte die Druckerei des Provinzparteikomitees, um insgeheim schwarzes Material für die Shanghai-Fraktion zu drucken. Der kommentierende Artikel der Regionalzeitung verurteilte ganz allgemein Kader, die "als kleine Rundfunkstationen" wirkten und Parteigeheimnisse verrieten. Einige hätten sich gern als "Leute, die über alles informiert sind" ausgegeben und Gerüchte verbreitet. Andere hätten gegen die Prinzipien verstoßen und Geheimnisse an "alte Freunde, Bekannte und Angehörige" weitergegeben und dabei "Geheimnisse zu Konversationsthemen" gemacht. Manche hätten Geheimdokumente und Materialien mit in die Öffentlichkeit genommen und mitunter verloren. Der Klassenfeind hätte von diesem Umstand jederzeit profitiert, da die betreffenden Personen freiwillige Geheimagenten des Feindes geworden seien.

(13) Offene Verurteilung der Kampagnen zwischen 1973 und 1976

Groß aufgemacht entlarvte die Volkszeitung (21.5.78) eine Kampagne vom Dezember des Jahres 1973, die gegen gewisse Reformen im Erziehungsbereich gewendet war, welche von der gemäßigten Fraktion durchgesetzt worden waren. Es handelte sich um den Abdruck eines Protest-Briefes einer Grundschülerin und Auszügen ihres Tagebuches (JMJP, 28.12.73). Damit sind aus dem Kampagnenreigen nach der Kulturrevolution, den die Linke Fraktion entfacht hatte, ein Großteil der Bewegungen von der neuen Führung expressis verbis verurteilt worden. Dazu zählt die Kampagne gegen Konfuzius, bzw. die einseitige Aufteilung in gute legalistische Traditionen und schlechte konfuzianische, weiter die Kampagne gegen Teng Hsiao-p'ing, die sich mit der Kritik an dem Roman "Alle Menschen sind Brüder" und angeblich darin zum Ausdruck kommendem "Kapitulanten-tum" verband. Man hat die Kampagne gegen Beethovens Musik verurteilt, und die Kulturrevolution

selbst gerät in den letzten Monaten immer stärker in Mißkredit. Ausgespart blieb bisher nur die Kampagne der Linken zur Stärkung der Diktatur des Proletariats, nachdem auch die radikale Attacke gegen bürgerliches Recht "entlarvt" worden ist. Auch hier wird die Kritik der nächsten Zeit wohl verstärkt ansetzen, so daß eine totale Umwertung der letzten Jahre zu erwarten ist. Daß eine solche Reorientierung mit all ihren personellen Konsequenzen auch immense Unruhe unter der Bevölkerung schafft, muß von der neuen Führung als eine Übergangerscheinung in Kauf genommen werden.

Bei der Umwertung des linken Protestes aus dem Munde der Grundschülerin, der in der Presse ausgewalzt worden war und u.a. zum Zerschlagen von Tausenden von Fensterscheiben in den Schulen Chinas geführt hatte, ist eines besonders positiv. Man hat versucht, das damals zwölfjährige Mädchen aus der Schullinie zu nehmen und die Schuld nicht bei ihr, sondern bei denjenigen, die sie manipulierten, zu suchen. Im übrigen läuft die Argumentation darauf hinaus, diese Protestkampagne als simple Fälschung und nicht als Massenäußerung zu entlarven.

(14) Politische Protestliteratur gegen den neuen Kurs nach 1976

Der politische Kurswechsel nach dem Tode Maos ist unter formalen Kennzeichen der Kontinuität vollzogen worden. Es nimmt deshalb nicht Wunder, daß es in bestimmten Kreisen, die sich ideologisch eng mit der radikaleren Politik der vergangenen Jahre verbunden fühlen, zu artikuliertem Protest gegen den verschleierte Kurswechsel gekommen ist. Ein deutlicher Beweis dafür sind im Jahre 1977 gedruckte Broschüren und Hefte, die den Kurswechsel als Abstieg in den Revisionismus bezeichnen, weiter als eine vollständige Abkehr von Maos Politik, was ja von der Wirklichkeit nicht allzu weit entfernt sein dürfte. Die Echtheit dieser Pamphlete, die in Postsendungen aus China an das Ausland enthalten waren, wurde durch einen offiziellen Artikel in der linken Hongkonger Zeitschrift "The Seventies" (Nr. 100, S. 24-29) bestätigt.

Eines dieser Protest-Hefte, herausgegeben von dem Stadtkomitee Shanghai des Kommunistischen Jugendverbandes, trägt den Titel "Den revolutionären Weg des Proletariats gehen oder den Weg des rechten Kapitulanten-tums einschlagen?"

Eine andere Broschüre einer Großen Kritikgruppe der Peking Universität und der Peking Tsinghua-Universität trägt den Titel "Das Feuer auf die schwarze Clique eröffnen, die Restauration betreibt und nach rückwärts fährt."

Dem Institut für Asienkunde liegt die erste Broschüre im vollen Wortlaut vor. Eine andere vergleichbare Broschüre nennt sich "Worte des Vorsitzenden Mao über revolutionäre Außenpolitik", veröffentlicht in Peking 1977, angeblich vom Redaktionskomitee der Mao-Werke. Auch diese Broschüre wurde dem Institut für Asienkunde von linken Buchhandlungen in Hongkong unaufgefordert zugeschiedt.

Die letzte Broschüre bringt Zitate des engen Anhängers der "Viererbände", des Neffen Maos, Mao Yüan-hsin, und enthält keine Angriffe auf die radikale Shanghai-Fraktion, wie heute in allen Veröffentlichungen üblich. An der Echtheit dieser letzten Broschüre dürften deshalb bestimmte Zweifel bestehen. Die Argumentation des Shanghai-

Pamphletes geht dahin, die neue Politik als Verrat zu entlarven, Hua wird als Chamäleon, als ein Politiker, der die Farbe wechselte und von den Linken zu den Gemäßigten überwechselte, polemisch angegriffen. Teng Hsiao-p'ing wird ebenfalls im Sinne der "Vierergruppe" als revisionistischer Führer der neuen Linie hingestellt. Es wird u.a. gefordert, die "Vier" vor den Massen auftreten zu lassen und ihnen Gelegenheit zur Verteidigung zu geben. Durch die Verurteilung der "Vier" sei Mao deutlich mitkompromittiert und als "Tölpel" hingestellt. Die Polemik wendet sich gegen "eine kleine Gruppe konterrevolutionärer Doppelzüngler innerhalb der Partei mit Hua Kuo-feng an der Spitze".

(15) Gesenktes Geburtenwachstum in Südwestchina

Chinas Nachrichtenagentur (NCNA, 30.5.78) meldete, daß das Bevölkerungswachstum in der Provinz Szechuan, die die höchste Bevölkerungszahl Chinas besitzt, im vergangenen Jahr von 1,225% auf 0,867% abgesunken sei. Sie liege damit nur wenig über entsprechenden Zahlen für Peking und Shanghai, die sich auf unter 0,6% belaufen.

(16) Maifeiern in Peking

Der Internationale Tag der Arbeit am 1. Mai wurde in Peking (SWB, 2., 5.5.78), wie seit einigen Jahren üblich, mehr als Freudenfest denn als militärisches oder rein politisches Fest begangen. Chinas Nachrichtenagentur hielt fest: "Abgestellt auf die neue Situation, wird es keine großen Massenfeierlichkeiten geben, wie etwa organisierte Aufführungen in den Parks oder Paraden". Der politische Akzent des Festes lag in diesem Jahr auf sanfter Aufforderung zu härterer Arbeit in Form von Wettbewerbskampagnen, wie die Volkszeitung im Leitartikel zum 1. Mai festhielt. Dazu paßte der Empfang von 115 Modellarbeitern aus allen Teilen des Landes durch den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Yu Chiu-li.

(17) Weitere Provinzparteitage

Auch im Mai gab es weitere Parteikongresse auf Provinzebene (vgl. C.a., Mai 78, Ü 15). Den bisher ausführlichsten Bericht über einen solchen Parteikongreß brachte Radio Canton (SWB, 21.4.78). Die etwa einstündige Sendung gab eine Übersicht über die Ereignisse in der Provinz seit 1970. Besonders wurde hervorgehoben, daß im Jahre 1977 sich das Einkommen für die Bauern der Provinz erhöht habe. Ihnen sei eine 11% - 13,5% höhere Zuteilung im Vergleich zum Vorjahr zugebilligt worden. Die wirtschaftliche Situation wird eingehend behandelt, mit einer Reihe von Zahlen untermauert und die Zielsetzung für die nächsten Jahre festgelegt. Die Industrieproduktion habe sich um 8% gesteigert, an Kohle seien über 10 Mio. Tonnen im letzten Jahr gefördert worden.

(18) Verhaftung von Maos Dolmetscherin; versuchte Flucht des chinesischen Stellvertretenden Generalsekretärs der UN?

Hongkonger Zeitungen berichteten (SWB, 27.4.78), Frau Tang Wen-sheng, Maos bevorzugte Englisch-Dolmetscherin, die z.B. bei dem Nixon-Besuch prominent hervorgetreten war, sei unter Arrest gestellt worden. Die Anklage lautete, sie sei eine Anhängerin der "Viererbande". Der wirkliche Grund sei aber, sie als Geisel festzuhalten, um die Flucht ihres Vaters in die USA zu verhindern. Tangs Vater, Tang Chao-ming, bekleidet augenblicklich den Posten eines der Stellvertretenden Generalsekretäre der UN. Er gilt als Günstling des gestürzten Außenministers Chiao Kuan-hua. Damit hätte Tang den Versuch gemacht, es dem Sowjetdiplomaten Shevchenko nachzutun, der sich erfolgreich absetzte. Tangs Vorhaben sei allerdings von Sicherheitskräften durchschaut und er seitdem unter Aufsicht gestellt worden. Der Weg dieser beiden Kader muß allerdings erst in Zukunft beobachtet werden, bevor ein solches Gerücht als bestätigt zu betrachten ist.

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG KUNST UND MASSEN MEDIEN

(19) Kritikbewegung am Kulturministerium

Die Volkszeitung veröffentlichte kürzlich (14.5.1978) einen Artikel, in dem über die politischen Untersuchungen berichtet wird, die seit dem Sturz der Vier am Kulturministerium, einer Hochburg der Vier, stattfinden. Das Kulturministerium wird als "Katastrophengebiet" bezeichnet, weil dort der Einfluß der Vier am stärksten war und offenbar noch ist. Der damalige Kulturminister Yü Hui-yung, ein enger Gefolgsmann Chiang Ch'ings, und seine Anhänger im Ministerium werden beschuldigt, eine restriktive Kulturpolitik betrieben zu haben, indem sie Filme wie "Die Pioniere" und "Gärtners Lied" verboten, falsche Anschuldigungen gegen Literatur- und Kunstschaffende erhoben, Angehörige des Kulturministeriums verfolgten und ihrer Posten enthoben, in über 200 "schwarzen" Artikeln konterrevolutionäre Propaganda über ihre Sprachrohre "Ch'u Lan" und "Chiang T'ien" verbreiteten usw. Unmittelbar nach der Verhaftung der Vier soll Yü Hui-yung am 7. und 8. Oktober 1976 große Aktivität entfaltet haben, um die Situation für sich und seine Parteigänger zu retten. Unter seinem Einfluß soll noch am 9. Oktober eine über 1.000 Teilnehmer zählende Massenversammlung der Behörde für Kunst des Kulturministeriums stattgefunden haben, die Chiang Ch'ing ihre Sympathie ausdrückte. Bald darauf hätten die Untersuchungen am Kulturministerium zur Enthüllung und Kritik an den Vergehen Yü Hui-yungs und seiner Anhänger begonnen, doch sei die Bewegung nur sehr langsam in Gang gekommen. Vielfach sei versucht worden, Kritik zu unterdrücken, so daß man schließlich feststellen mußte, das Kulturministerium hinke mit seiner Untersuchungsarbeit gegenüber anderen Einheiten infolge Sabotage durch Anhänger Yü Hui-yungs hinterdrein. Daraufhin wurde im Dezember 1977 eine Parteigruppe des Kulturministeriums eingesetzt und mit den Untersuchungen beauftragt. Anfang Februar 1978 begann eine Bewegung zur Untersuchung und Enthüllung der Intrigen und Verschwörungen der Vier und Yü Hui-yungs. Die Parteigruppe beschloß, die wichtigsten